

Künstliches Koma

Wegen des Coronavirus hagelt es Stornierungen. Viele Hotels und Reisebüros kämpfen um ihre Existenz

VON HELENA OTT

München – Es kam Schlag auf Schlag: eine weltweite Reisewarnung des Auswärtigen Amtes, daheim ein Verbot für Hotelübernachtungen „zu touristischen Zwecken“, und dann auch noch Grenzkontrollen. Kein Wunder, dass die Tourismusbranche durch die Corona-Pandemie längst in einer Art Schockstarre ist. Denn während produzierendes Gewerbe und Einzelhandel erst seit dieser Woche durch Einschränkungen des öffentlichen Lebens massive Absatzverluste beklagen, leiden Hoteliers und Gastronomen schon seit Anfang März massiv – bereits da wurden die ersten großen Fachmessen abgesagt.

In einem dringenden Hilferuf forderte der Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) von Bund und Ländern am Donnerstag erneut, sofort einen „Nothilfefonds“ für Hotelbetreiber und Gastronomen einzurichten. „Wir befinden uns in einer Art künstlichem Koma und wissen nicht, ob wir wieder aufwachen“, sagt Bernd Niemeier, Dehoga-Präsident und Mitglied und selbst Hotelier in Nordrhein-Westfalen.

In Minden leitet er das Hotel Lindgart, ein Ferien- und Tagungshotel mit 100 Zimmern und 40 Mitarbeitern. Derzeit ist es sehr einsam dort, nur sechs bis acht Zimmer pro Nacht sind belegt. Niemeier darf wegen der bundesweiten Einschränkungen keine Feriengäste mehr empfangen, ihm verbleiben wenige Berufreisende. „So ein Desaster habe ich in meinem Leben noch nicht erlebt. Es bricht alles komplett zusammen“, sagt der Hoteldirektor. Seit Anfang März seien ihm 2500 Übernachtungen weggebrochen. Das Geschäft für April sei „komplett im Eimer“ und auch für Mai sei die Hälfte der Buchungen storniert.

Die Stornierungen treffen auch die Reisebüros

Bereits vor einer Woche hat Niemeier für 33 seiner Mitarbeiter Kurzarbeit beantragt. Er habe noch Glück gehabt, eine Mitarbeiterin der Agentur für Arbeit sei zu ihm ins Hotel gekommen und habe das Formular gemeinsam mit ihm ausgefüllt. Künftig, so sagte sie dem Hotelier, seien die Betriebsbesuche wegen der stark steigenden Kurzarbeits-Anträge nicht mehr möglich. Das dürfe vor allem für kleine Betriebe ohne Personalabteilung oder Mitarbeitern in Rechnungswesen zur Herausforderung werden. Viele Restaurants und Kneipen haben außer dem Chef nur fünf Mitarbeiter im Service, da sei es „viel schwieriger durchzublicken“, so Niemeier.

Unter den Hoteliers und Gastronomen herrsche Verzweiflung, warnte auch Dehoga-Präsident Guido Zöllnick. Vielfach würden sie bei Banken und Arbeitsagenturen niemanden erreichen „sie wüssten nicht, ob sie überhaupt Entschädigung und Unterstützung bekommen“, so Zöllnick.

In Deutschland beschäftigen 223.000 Hotel- und Gastronomiebetriebe 2,4 Millionen Mitarbeiter – über 60 Prozent der Betriebe haben weniger als zehn Mitarbeiter. Der Hotel- und Gaststättenverband sieht die Existenz tausender Mitgliedsfirmen gefährdet. Insbesondere kleine Betriebe haben oft keinen finanziellen Puffer, um einen heftigen Umsatzeinbruch abzufedern. „Ein Hotelzimmer oder einen Tisch, der heute nicht belegt ist, kann ich nicht später noch einmal verkaufen“, ergänzt Dehoga-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges. Diese Erlöse seien für immer verloren. Die Fixkosten für Personal, Pacht und Versicherung laufen aber weiter und führen dazu, dass sich die Verluste der Hoteliers und Gastronomen täglich aufsummieren. Genau deshalb seien Kredite und Darlehen in dieser Krise keine echte Unterstützung,

denn viele Betriebe seien nicht in der Lage, die angehäuften Schulden später im Normalbetrieb wieder zurückzahlen.

Der Verband beklagt zudem ein „Verordnungs-Chaos“, seitdem die Bundesregierung und die Länder am Montag die neuen Einschränkungen des öffentlichen Lebens angeordnet haben. „Unterschiedliche Regelungen für Hotels und Restaurants in Bund, Ländern und Gemeinden führen dazu, dass keiner mehr durchblickt“, beklagt Zöllnick. Die Maßnahmen verschärfen die Krise für Hoteliers und Gastronomen noch einmal drastisch, sagt er. Seither müssen Bars und Kneipen geschlossen bleiben, Übernachtungsangebote dürfen nur noch zu geschäftlichen Zwecken angeboten werden und Restaurants müssen um 18 Uhr schließen.

Finster sieht es auch bei Reisebüros und Reiseveranstaltern aus. Normalerweise schickt Ralf Hieke, Reisebüroleiter in Ibbenbüren im Münsterland, Menschen in den Urlaub, nun ist er eine Art Verwalter des Elends. Er und seine 15 Mitarbeiter seien pausenlos am Telefon, um Stornierungen entgegenzunehmen. Seit Dienstagvormittag hat er sein Reisebüro für Kunden geschlossen, seitdem halten er und seine Mitarbeiter „in großem Abstand zueinander“ am Telefon die Stellung für Kundenanrufe. Fast alle Buchungen für März und April seien bereits storniert worden. Mittlerweile riefen aber auch schon Kunden an und erkundigten sich nach ihren Reisen in den Sommerferien und im Herbst. „Wir sind mitten im Auge des Sturms, uns bleibt nichts anderes übrig, als zu sehen, wann er vorbeizieht“, sagt Hieke am Telefon. Seit 13 Jahren leitet er das Reisebüro und hatte noch nie einen derart mächtigen Widersacher wie das Coronavirus. Er spüre einen „gewissen Fatalismus“, sagt Hieke. Die Pandemie „trifft uns extrem hart, aber sie trifft uns nicht exklusiv“, tröstet sich der Reisebüroleiter.

Wegen der Stornierungsflut von Urlaubsreisen fordert der Deutsche Reiseverband (DRV) von der Bundesregierung, mit einer Beihilfe die Provisionen für Reisebüros und die Stornokosten für Reiseveranstalter auszugleichen. Alternativ müssten die Stornierungsregelungen „umgehend unternehmens- und verbraucherschützend ausgesetzt“ oder durch Reisegut-schriften ersetzt werden können. Bereits bei einer Umfrage Anfang März unter den DRV-Mitgliedern sahen über 50 Prozent der Befragten das Ende der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen frühestens im zweiten Halbjahr 2020. Eine Beihilfe für Reisebüros und Reiseveranstalter hält Verbandspräsident Norbert Fiebig für „zwingend notwendig“, weil die erforderliche Liquidität für die umfassenden Stornierungen bei vielen Betrieben nicht vorhanden sei. Durch die dynamische Verbreitung des Coronavirus gerate die gesamte Reisewirtschaft in eine „nie dagewesene Krisensituation, die sie selbst nicht zu verantworten hat“.

Zu Beginn dieser Woche stellten viele Reiseveranstalter – darunter TUI, Alltours und der Münchner FTI-Konzern – ihr Reiseangebot ein. Bei TUI Deutschland sollen die Mitarbeiter nun von April an für ein halbes Jahr in Kurzarbeit gehen. In einer Mitteilung an die Mitarbeiter von Konzernbetriebsratschef Frank Jakobi, aus der das Handelsblatt zitiert, hieß es, dass die Kurzarbeit für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September gelte. Auch das Onlineportal Urlaubsguru aus Nordrhein-Westfalen beantragte für seine 160 Mitarbeiter Kurzarbeit. Hoteldirektor Niemeier sagt, er wisse nicht, wie lange er den Hotelbetrieb mit so wenigen Gästen überhaupt noch aufrechterhalten könne. Was in den Sommermonaten passiere, darum könne er sich gerade nicht kümmern. „Wir entscheiden“, sagt er, „von Woche zu Woche.“



Wenn der Gästestrom versiegt: Menschenleere Strandpromenade in Ahlbeck auf Usedom.

FOTO: JENS BÜTTNER/DPA

„Unser Geschäft fällt in sich zusammen“

Hotel-Manager Dirk Iserlohe beschreibt die prekäre Lage der Dorint-Kette

Köln – Dirk Iserlohe ist Chef von Honestis, dem Mutterkonzern der Kette Dorint mit 63 Hotels in Deutschland, der Schweiz und Österreich. Am Telefon erklärt der 55-Jährige, wie er die Hotels mit etwa 4500 Beschäftigten durch die Krise führen will.

SZ: Herr Iserlohe, wie stark treffen die Folgen des Corona-Virus Dorint?

Dirk Iserlohe: Sehr massiv. Wir haben bereits acht Dorint-Hotels geschlossen. Es begann in Salzburg, auf Sylt und Rügen, danach auf Usedom und Wustrow wegen der jeweiligen Einreiseverbote der Länder. Nun kommt eine Schließungsverfügung des Hotels in Weimar auf uns zu. Ich rechne noch mit einer weiteren Steigerung der Eskalationskette – durch Ausgehverbote und weitere Hotellschließungen bundesweit.

Was passiert mit den Beschäftigten?

Wir sind bereits im Antragsprozess für die Kurzarbeit. Der Gesamtbetriebsrat hat solidarisch, konstruktiv und rasch mitgewirkt. Es wird also den größten Teil unserer Belegschaft bezüglich der Kurzarbeit treffen. Doch wir werden niemanden entlassen müssen.

Seit wann spüren Sie die Folgen?

Es begann mit der Absage der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin Anfang März. Seitdem folgen immer mehr solcher Empfehlungen und Verbote. In der Folge haben viele Firmen auch künftige Reservierungen storniert. Unser Geschäft fällt in sich zusammen. Wir haben schon bis zum Jahresende massive Stornierungen auch von privaten Reisenden erhalten.

Ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr müssen Sie also verwerfen.

Wenn wir jetzt noch von Wachstum reden wollten, wäre das mehr als naiv. Wenn das so weitergeht, verlieren wir pro Monat achtstellige Beträge an Umsatz. Man muss konstatieren, dass dieses Jahr für die Tourismusbranche vorbei sein wird.

Dorint wird wieder Verlust einfahren?

Ja, leider, sicherlich. Wir versuchen gegenzusteuern, zum Beispiel mit Kurzarbeit, stark reduziertem Wareneinkauf sowie Pachtreduzierungen. Wie bereits von mir am Samstag über die Verbände IHA und Dehoga gefordert, reagierte das Bundesjustizministerium am Montag mit einem Erlass, die Insolvenzantragspflicht für Unternehmen mit Belastungen aus der Corona-Krise bis 30. September aufzuheben.

Besteht für Dorint denn Insolvenzgefahr?

Wenn wir ein ganzes Jahr schließen müssten, kann ich das zwar nicht ausschließen. Zum Glück haben wir im vergangenen Jahr zusätzliches Eigenkapital von zehn Millionen Euro aufgenommen, so dass wir ein Eigenkapital von 77 Millionen Euro in der Bilanz haben und somit nicht überschuldet sein werden. Wir werden aber mit Verpächtern unserer Hotels über den Verzicht von Pachtzahlungen reden müssen und dabei vielleicht einzelne Stillstände nutzen, um zu renovieren.

Bieten Sie Betten als Krankbetten an?

Die Entscheidung obliegt letztlich den Gesundheitsbehörden. Grundsätzlich stehen wir dafür zur Verfügung. Zum Beispiel ist Dorint in Hamburg baulich an das Universitätsklinikum Eppendorf angebunden. Da haben wir schon ein entsprechendes Angebot ausgesprochen, es laufen aber noch keine Gespräche. Darüber hinaus bieten wir neuerdings an, dass Menschen unsere Ho-

telzimmer zu ihrem Home-Office machen können, mit Schreibtisch und WLAN.

Sie sind krisenerprobt. Wie fühlt sich die Lage im Vergleich zur Finanzkrise an?

Es gibt zum Glück einen Unterschied: Diese Krise ist von außen gekommen, nicht wegen Fehlern von innen. Bis Ende Februar liefen unsere Geschäfte über Plan. Wir hatten die Aussicht auf einen steigenden Gewinn in diesem Jahr. Deshalb glaube ich: Mit Solidarität und der richtigen Hilfe der Politik können wir die Krise überwinden. **Wie kann der Staat den Hotels helfen?** Über Kredite allein werden sich Hotelbetriebe in dieser Situation nicht finanzieren können. Ich glaube, unsere Branche wird auch überproportional viele verlorene Zuschüsse brauchen, weil wir unsere fehlenden Umsätze nicht nachholen können. Kredite muss man zurückzahlen. Doch mit welchen zusätzlichen Gewinnen sollen wir in Zukunft diese Kredite über welche Laufzeit tilgen? Das ist kein Konzept. Viele Hotelbetriebe werden das über Kredit nicht schaffen!

Wird es Staatshilfe für Dorint geben?

Stand jetzt bekommen wir Kredite der staatlichen KfW nur, wenn sich auch die Hausbank zu 20 Prozent beteiligt. Doch die Banken unterliegen der Regulierung. Ich fürchte, dass viele Banken nicht schnell genug ihre Kreditvergabe ausweiten können. Eine Lösung wäre, dass der Staat Kredite ohne Beteiligungspflicht der Hausbanken vergibt; oder sagen wir 99 Prozent, und für ein Prozent bleibt die Bank in der Pflicht. Das wäre trotz Regulierung machbar. Alles andere wird scheitern. Der Schutzschirm bliebe geschlossen.

INTERVIEW: BENEDIKT MÜLLER

PERSONALIEN

Pragmatiker

Helmut Schleweis, 66, Sparkassenpräsident, setzt Prioritäten. Es sei derzeit die wichtigste Aufgabe von Sparkassen und Landesbanken, Unternehmen und Freiberuflern durch „dieses tiefe Tal zu helfen und sie vor einem wirtschaftlichen Absturz zu bewahren“. Das von der Bundesregierung aufgelegte Programm für Liquiditäts- und Kredithilfen sei dafür eine gute Grundlage, sagte der Präsident des Dachverbandes DSGV. Betroffene Unternehmen müssten sofort unterstützt werden. Wenn nötig, könnten Unternehmen zum nächsten Fälligkeitstermin Ende März die Tilgung aussetzen. Das neue Anleihen-Kaufprogramm der EZB lobte Schleweis (Foto: DPA) als „einer guten Zeichen“. Nach vor der Corona-



na-Krise hatte er zu den heftigsten Kritikern der EZB gehört. Die angestrebte Fusion oder auch nur engere Zusammenarbeit von Deka und Helaba als neue Sparkassen-Zentralbank will Schleweis derweil erst nach der Krise wieder angehen. „Es ist jetzt nicht die Zeit, sich mit den eigenen Strukturen zu beschäftigen“, sagte er. „Wir müssen uns auf die Nöte unserer Kunden konzentrieren.“ Vor wenigen Tagen hätten die Vertreter der Sparkassenverbände bereits darüber beraten, wie dieses Spitzeninstitut aussehen könnte. Der nächste Schritt wäre jetzt eigentlich die Entscheidung der Anteilseigner von Deka und Helaba über eine vertiefte Prüfung gewesen.

Insider halten es jedoch ohnehin für unwahrscheinlich, dass das Vorhaben noch umgesetzt wird. Kritiker in der Sparkassengruppe sagen, Deka und Helaba hätten zu wenig Überschneidungen. Nach SZ-Informationen kann wahrscheinlich schon ein einziger opponierender Sparkassenverband die Fusion verhindern. Laut Satzung der Deka ist die Einstimmigkeit aller Anteilseigner nötig, um eine dafür notwendige Satzungsänderung zu beschließen. Die Deka gehört den regionalen Sparkassenverbänden, von denen mehrere bereits deutliche Kritik geäußert haben. Auf die Frage, welche Mehrheiten nötig seien, hatte der DSGV zuletzt lediglich mitgeteilt, man werde „selbstverständlich dafür Sorge tragen, die jeweiligen Entscheidungen mit den notwendigen erforderlichen Quoren in den entsprechenden Gremien“ zu treffen. MESC

Streitschlichterin

Brigitte Zypries, 66, ehemalige Bundesjustizministerin, hat eine neue Aufgabe. Zypries (Foto: DPA) soll die korrekte Auszahlung der Entschädigungen sicherstellen, die Käufer manipulierter Dieselaautos von VW zustehen. Nach langem Hin und Her hatten sich VW und der Bundesverband der Verbraucherzentralen auf Zahlungen zwischen 1350 und 6257 Euro geeinigt – aber nur für Dieselfahrer, die sich an der Musterfeststellungsklage beteiligt hatten und weitere Kriterien erfüllten. Wenn es in manchen Fällen nun also Streit um die Ansprüche geben sollte, soll eine unabhängige Ombudsstelle um Zypries schlichten. Die Besetzung dieses Gremiums ist insgesamt, indes gesagt, spannend: Denn neben Zypries ist auch Peter Schaar Mitglied der Ombudsstelle, der frühere Bundesbeauftragte für Datenschutz. Beide kennen



sich gut, schließlich gerieten sie während Zypries' Amtszeit mehrfach in Grundsatfragen aneinander. Vielleicht muss man sagen: Mit Streit kennen diese beiden sich wirklich aus. AS

Fast alles, was gerade in Deutschland und der Welt passiert, konnte man sich noch vor sehr kurzer Zeit nicht einmal im Traum vorstellen. Das gilt auch und besonders für die Finanzmärkte. Weniger als zwei Monate ist es her, dass der Deutsche Aktienindex nach gut elf Jahren Aufschwung am 22. Januar 2020 mit 13.789 Punkten sein Allzeithoch erreicht hatte. Seither verlor der Index wegen Corona mehr als ein Drittel seines Wertes. Das ist einerseits nicht erstaunlich. Wenn auf einen Schlag rund um den Globus ganze Volkswirtschaften, einschließlich der deutschen, tiefgefroren werden, muss dies dramatische Folgen für den Wert der Unternehmen haben. Wenn man zum Beispiel auf absehbare Zeit nicht mehr reisen kann, ist es kein Wunder, dass sich der Kurs der Lufthansa-Aktie seit Jahresbeginn halbiert hat.

Soweit ist das Geschehen an den Börsen in Sachen Corona durchaus rational. Weniger rational und deshalb beunruhigend ist die Art, wie dieser Absturz vor sich ging. Er bestand und besteht aus einer Reihe wilder Auf- und Ab-Bewegungen der Kurse, die in der Geschichte ohne Beispiel sind. Die Finanzmärkte geraten in Panik, schöpfen Hoffnung, wenn Regierungen, die amerikanische Fed oder die Europäische Zentralbank, etwas beschlossen haben. Und sie verlieren diese Hoffnung ebenso schnell wieder. Deshalb sieht der Verlauf des Dow Jones in New York auch wie eine Fieberkurve aus. Am Montag dieser Woche erlebte der Index mit einem Minus von 12,93 Prozent den zweitschlechtesten Tag

PIPERS WELT



Minsky-Moment

Wenn ganze Volkswirtschaften stillgelegt werden, sind Kurseinbrüche an der Börse unvermeidbar.

Wie rational geht es dabei an den Finanzmärkten zu? Antworten auf diese Frage gibt ein wenig bekannter Ökonom

seiner Geschichte, schlimmer noch als bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am 29. Oktober 1929. Nur der Crash am 19. Oktober 1987 war heftiger. Die Corona-Krise erbrachte aber auch den zehntbesten Tag der Dow-Geschichte – am Freitag voriger Woche mit einem Plus von 9,36 Prozent.

Das wilde Spiel der Märkte zeigt, dass man sich in dieser Krise wieder mit Hyman Minsky (1919-1996) beschäftigen muss. Der amerikanische Ökonom gehörte zu den großen Außenseitern derunft. Einer breiteren Öffentlichkeit ist er bis heute weitgehend unbekannt geblieben. Geboren in Chicago als Sohn sozialdemokratischer Emigranten aus Weißrussland, studierte er unter anderem bei dem österreichischen Exzentriker Joseph Schumpeter, der am Ende seines Lebens in Harvard lehrte. Minsky hegte tiefe Zweifel an der Rationalität der Finanzmärkte und lehnte deren Deregulierung kategorisch ab. Lange interessierte sich kaum jemand für ihn, doch in der Finanzkrise von 2008/2009 wurde er von vielen Ökonomen neu entdeckt.

Minskys Lehre lässt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen: „Stabilität gebiert Instabilität“, was bedeutet, dass lange Zeiten des stetigen Aufschwungs an den Finanzmärkten – so wie in den vergangenen elf Jahren – dazu führen, dass nicht nur der Wert der Vermögen immer weiter steigt, sondern dass die Anleger auch immer wagemutiger (vulgo: leichtsinniger) werden. Sie schließen Geschäfte auf Kredit ab, bei denen der Gewinn nur dann für Zins und Tilgung reicht, wenn die Kurse immer weiter steigen. Minsky nannte solche

Geschäfte „Ponzi-Finanzierungen“ – nach Charles Ponzi, einem Betrüger aus Boston, der in den 1920er-Jahren mit einem hinterhältigen Schneeballsystem viel Geld ergaunert hatte und dafür sieben Jahre ins Gefängnis musste. Man kann den Zusammenhang auch so erklären: Die Finanzmärkte glauben in guten Zeiten, Geld sei immer im Überfluss vorhanden. Sie bewerten daher Risiken viel zu niedrig.

Anleger müssen sichere Wertpapiere verkaufen, um ihre Verbindlichkeiten zu begleichen

Passiert allerdings etwas Unvorhergesehenes, wie jetzt der zerstörerische Preiskrieg zwischen den Ölmächten Russland und Saudi-Arabien und dazu die Corona-Krise, dann gerät das ganze System aus dem Gleichgewicht, dann werden immer mehr Geschäfte zu Ponzi-Finanzierungen, dann wird flüssiges Geld knapp. Die Folgen konnte man in den vergangenen Tagen sehr gut beobachten, als plötzlich die Kurse von sicheren Anlagen fielen, die normalerweise in Krisenzeiten als sichere Häfen dienen; deutsche und amerikanische Bundesanleihen etwa oder Gold. Die Erklärung für diese Anomalie ist einfach: Viele Leute müssen sichere Anlagen liquidieren, um an Geld zu kommen, mit dem sie ihre Verbindlichkeiten begleichen können.

Für diesen plötzlichen Ausbruch von Instabilität hat sich während der Finanzkrise der Begriff „Minsky-Moment“ eingebürgert. Auch der damaligen Krise war eine

lange, nur unzureichend erklärte Hausse vorhergegangen. Der Minsky-Moment kam im August 2007, als die Investmentbank Bear Stearns mit Staatshilfe gerettet werden musste. Wann genau der Minsky-Moment in der jetzigen Krise war, darüber lässt sich streiten. Ein guter Kandidat für das Datum wäre der 9. März, an dem der Dow Jones erstmals mehr als 2000 Punkte verloren hatte. Auch dass die Ausschläge heute stärker ausfallen als früher, lässt sich erklären. Zu Minskys Zeiten bestand das Handwerkszeug eines Börsianers aus Bleistift, Block und Telefon. Heute sind es leistungsfähige Rechner, die von Algorithmen getrieben werden. So ein Algorithmus kann zum Beispiel den Befehl geben, besonders volatile Aktien zu verkaufen, Papiere also, deren Kurse extrem schwanken. Sie verstärken automatisch die ohnehin vorhandene Instabilität.

Nach der Finanzkrise hatte vor allem die Regierung Obama ihre Lehren gezogen und die Banken neu und effizient reguliert. Für Schlüsse aus der jetzigen Krise ist es noch viel zu früh. Außer vielleicht für den: Wenn alles vorbei ist, wenn es einen Impfstoff für Corona gibt und sich die Wirtschaft normalisiert, wird es irgendwann eine neue Hausse geben. Dann wäre es gut, vorsichtiger zu sein – und zwar schon ehe der Minsky-Moment eintritt. Aber genau das werden die Finanzmärkte nicht tun, hätte Minsky gesagt. Weil sie eben so sind, wie sie sind.

NIKOLAUS PIPER
An dieser Stelle schreiben jeden Freitag Franziska Augstein und Nikolaus Piper im Wechsel.